Mitbestimmung

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141757

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Dieses Zitat spricht eine deutliche Sprache. Wem es nicht genügt, mag das ganze Flugblatt lesen. Die Initiative Schwarzenbach entspringt offenbar dem Gedanken- und Empfindungsgut der äussersten Rechten. Dies gilt auch dann, wenn der Initiant heute in Vorträgen und Diskussionen seine Auffassung mit sachlich anmutenden Argumenten verteidigt. Er bedient sich eben der Mittel, die helfen, heute also der Statistiken.

Die Wirtschaft bekämpft die Initiative nicht wegen der soeben geschilderten Motive, sondern wegen der Folgen, die eine starke Reduktion der Gastarbeiter für sie zeitigen würde. Sie will produzieren, solange Nachfrage besteht; bei steigenden Absatzmöglichkeiten sucht sie, das Angebot zu steigern. Dabei befinden wir uns ja seit langem in einer Phase, die dadurch gekennzeichnet ist, dass neue Bedürfnisse künstlich geschaffen werden. Der Mensch, der diese Bedürfnisse befriedigt, wird der jungen Generation als Leitbild vor Augen gehalten.

Auch wenn wir uns gegen Schwarzenbach ausgesprochen haben, ihn aber nicht mit den Argumenten der Wirtschaft bekämpfen, bedeutet das nicht, dass man den Dingen ihren Lauf lassen soll. Ganz andere Überlegungen lassen es als geboten erscheinen, die Zahl der ausländischen Arbeiter zu beschränken. An erster Stelle fällt hier sicher die Belastung unserer Infrastruktur ins Gewicht.

Richtlinie für ein Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Entwicklungen hat allein das Wohl der Allgemeinheit zu sein. Hier ist zu sagen, dass eine rücksichtslose Steigerung der Produktion und eine — durch unsere Gastarbeiter verursachte — Belastung der Infrastruktur sich für die ganze Bevölkerung negativ auswirken können. Nur in diesem Sinne ist eine Beschränkung der ausländischen Arbeitskräfte sinnvoll, die auch von der Regierung, unabhängig von Schwarzenbach, angestrebt wird.

Felix Poggiolini, stud. phil. I

Mitbestimmung

Ich bin der festen Überzeugung, dass das Fremdarbeiterproblem nie das heutige Ausmass angenommen hätte, wenn es in unserer Industrie eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter geben würde, eine Mitbestimmung also, die sich auch auf Produktion und Planung erstrecken würde. Die Arbeiterschaft hätte bestimmt die Expansion nicht so unbesehen und ohne Rücksicht auf die Probleme der Infrastruktur und der Mitmenschlichkeit überhaupt vorantreiben helfen, wie es mittels des während vieler Jahre hemmungslos betriebenen Zuzugs von Fremdarbeitern geschehen ist. Die Arbeiterschaft hätte diese Entwicklung im eigenen Interesse mindestens gedrosselt.

Aber eben: Demokratie und Mitbestimmung kennen wir nur im politischen, nicht aber im ökonomischen Bereich. Jetzt haben wir die Folgen dieser Beschränkung der Demokratie zu tragen.

Was ist in dieser Lage die Aufgabe der Kirche? Ich meine, dass die evangelisch-reformierte Kirche des Kantons Aargau ein Beispiel gegeben hat, das jetzt unbedingt Schule machen und andere Landeskirchen «anstecken» müsste. Letzte Jahr stimmte nämlich das aargauische Kirchenvolk dem Vorschlag zu, ausländischen Glaubensgenossen, die im Aargau wohnhaft geworden sind, das volle Stimm- und Wahlrecht zu erteilen. Damit wurde den Ausländern die Mitbestimmung zuerkannt und gleichzeitig demonstriert, dass christlicher Glaube, mithin auch die Kirche, nicht eine kantonale oder nationale Sache ist, sondern eine Kraft, die Menschen verschiedener Herkunft und Nationalität in eine gemeinsame Bewegung und Solidarität versetzt.

Die aargauische Kirche hat so, bei sich selber anfangend, ein exemplarisches Zeugnis *für* die Ökumenizität des christlichen Glaubens und Lebens abgelegt. Es ist zugleich ein Zeugnis *gegen* den Ungeist des Zivilverteidigungsbuches, das vor allem «Fremden» nur warnen und Kirche nur gerade als Element der «geistigen Landesverteidigung», als Institution zur Pflege «schweizerischen Geistes» verstehen kann. Dass die Entscheidung des Aargauer Kirchenvolkes auch ein Zeugnis gegen die Ideen des Herrn Schwarzenbach – der, bezeichnenderweise, dem Zivilverteidigungsbuch begeistert zugestimmt hat! – war, versteht sich von selbst und lässt hoffen.

Welche Kirche macht es als nächste der aargauischen nach?

Kurt Marti

Wir haben Arbeitskräfte bestellt, und es kamen Menschen

Die Fremdarbeiter und der Internationale Zivildienst (SCI)
Forum an der Jahresversammlung — *Gwatt, 8. März 1970*

Resolution

«*1. Die Teilnehmer der Jahresversammlung wollen sich aktiv für die Beseitigung von Vorurteilen, sozialen Ungerechtigkeiten und politischen Diskriminierungen gegenüber unseren Mitmenschen, gleichgültig welcher Herkunft und Nationalität, einsetzen.*

2. Mit Besorgnis stellen sie fest:

a) dass etwa ein Drittel aller Arbeitskräfte der Schweiz schweren Benachteiligungen ausgesetzt ist, insbesondere:

— werden ihnen fundamentale bürgerliche Rechte und die Gleichberechtigung in gewerkschaftlicher Hinsicht vorenthalten;

— Behördenwillkür gegenüber sind sie ungeschützt;

— haben sie verminderten Anspruch auf berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Familie, Wohnung, Wahl der Arbeit;

b) dass sich ausländerfeindliche Kräfte breitmachen, wobei wir die Überfremdungsinitiative Schwarzenbachs und ihre Begleiterscheinungen lediglich als Symptome auffassen. Zum Glück rufen Hetzkampagnen auch zu verantwortungsbewusster Besinnung.